



Herbert Stolle
Bundesvorsitzender

Cuxhaven, im Dezember 2012

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Mitglieder des Deutschen Bundestages!

Während der letzten dreißig Jahre, genau genommen seit der Einbindung unseres Zahntechnikerhandwerks in die Reichsversicherungsordnung (RVO) – heute SGB V – versorge ich meine Freunde, Bekannten, Kollegen und Geschäftspartner pünktlich zum Jahresende mit meinem Weihnachtsbrief.

Außen stets ein schmucker Leuchtturm, symbolisch als Wegweiser gedacht, innen etwas über den Sinn des Lebens. Mit Themen wie soziale Gerechtigkeit, Neid und Missgunst, Angst, Lüge und über die Freiheit, schuf ich eine nachhaltige Brücke der Verständigung über alle Grenzen hinweg zu tausenden von Menschen, die sich gleich mir zu den Werten unserer freiheitlich-parlamentarischen Demokratie bekennen.

Wenn ich in diesem Jahr den bisherigen Empfängerkreis gestrichen habe und meinen Weihnachtsbrief ausschließlich an Sie, die Mitglieder des Deutschen Bundestages, richte, so hat das einen sehr konkreten und aktuellen Grund: Wir brauchen Ihre Hilfe!

Wo liegt das Problem?

Die Zwangseinbindung unseres Handwerksberufes in die RVO war aus der Sicht aller Betroffenen ein Fehler – sowohl politisch, als auch wirtschaftlich und moralisch. Von der allgemein üblichen Preis- und Lohnentwicklung abgekoppelt, durch jahrelange Nullrunden und regierungsamtliche Zwangspreissenkungen ihrer Liquidität beraubt – der Abstand zu vergleichbaren Handwerksberufen liegt inzwischen bei über 40 Prozent – folgten im Zahntechnikerhandwerk Firmenpleiten, Streichung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie die Zerstörung der unternehmerischen Infrastruktur. Billiganbieter aus Nah- und Fernost bauten mit Hilfe von dubiosen Krisengewinnlern ihre Netzwerke aus und organisierten Korruption und Abrechnungsbetrug.

Das einstmals stolze und weltweit anerkannte deutsche Zahntechnikerhandwerk verkümmerte zu einer Gruppe ängstlicher Bittsteller, die ihren unternehmerischen Elan ersetzen mussten durch eine bestenfalls schlitzohrige Suche nach scheinbaren Gesetzeslücken. Kurz gesagt, wir finden hier die gleichen Verhaltensmuster wie in jenen Staaten unserer „besten aller Welten“, die noch immer planwirtschaftlich regiert werden.

Wie heißt die Lösung?

Der halbe Weg zu dieser Lösung wurde von dem Gesetzgeber bereits im Jahre 2005 vollzogen. Seitdem erhalten die Versicherten der GKV bei der Versorgung mit Zahnersatz von ihrer Krankenkasse einen Festzuschuss. Das wäre eine gute Gelegenheit gewesen, unsere Forderung nach „Raus aus dem SGB V“ gleich mit zu vollziehen. In dem scharfen Wind des freien Wettbewerbs hätten sich die Tüchtigen und die Fleißigen auf die natürlichste Weise behaupten können. Seitdem hat es letztlich kein Argument für eine weitere Zwangseinbindung in das SGB V gegeben, das wir nicht überzeugend haben widerlegen können. Der „Freie Verband Zahn technischer Laboratorien e. V.“ hatte damit die politische Führung des deutschen Zahntechnikerhandwerks übernommen.

Wer steht auf unserer Seite?

Hinter unserer Forderung, die verloren gegangene Freiheit, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung zurück zu erlangen, stehen 50.000 Zahntechniker/innen, denen während der letzten Jahrzehnte 30 Prozent ihres Lohnes eingedampft wurde, stehen über die Hälfte aller Laborinhaber, die inzwischen aus Protest gegen diese Fehlentwicklung nicht mehr Mitglied ihrer Innung sind. Selbst die Mehrheit der Noch-Innungsbetriebe ist auf unserer Seite, weil sie um die Existenz und die Zukunft ihrer Laboratorien fürchtet. Die überwältigende Mehrheit deutscher Zahnärztinnen und Zahnärzte wünscht die Zusammenarbeit mit einem deutschen, wettbewerbsfähigen Meisterlabor. Nach dessen Zusammenbruch wären sie gezwungen, die Versorgung ihrer Patienten in einer fernöstlichen Billigfabrik fertigen zu lassen.

Hinter unserer Forderung stehen aber auch all jene Politiker, die gewohnt sind, nach der Wahl das zu tun, was sie vor ihrer Wahl versprochen hatten.

Zum Beispiel Ministerpräsident Horst Seehofer, seit jeher ein guter und zuverlässiger Freund fleißiger Handwerker, hat uns während seiner Zeit als Bundesgesundheitsminister seine Solidarität bewiesen und unserer Forderung bis heute zugestimmt. Keiner meiner zahlreichen Gesprächspartner aus der CDU, der ich seit langer Zeit als Mitglied angehöre, hat unserer Forderung widersprochen, manchmal nur mit der Einschränkung, dass auch der Koalitionspartner zustimmen müsse.

Denen kann geholfen werden! Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr, klüger und kompetenter als sein Amtsvorgänger, hat mir im Sommer dieses Jahres persönlich seine Zustimmung versichert.

Grundsatzprogramme, Schein oder Sein?

Tonnenweise und flächendeckend haben unsere im Bundestag vertretenen Parteien ihre Grundsatzprogramme unters Volk gebracht. Diese intellektuellen Spitzenerzeugnisse parteipolitischer Dialektik sind für jeden politisch interessierten Bürger eine wahre Fundgrube tiefgreifender Erkenntnisse. Zitate, die unsere Hoffnung auf Übereinstimmung nähren, findet der geneigte Leser auf der Rückseite dieses Weihnachtsbriefes.

Die von den meisten unter uns sehr verehrte Bundeskanzlerin Angela Merkel lässt anlässlich ihrer zahlreichen Auslandsreisen keine Gelegenheit aus, Völkern mit einem demokratischen Defizit unsere Ideale von Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung zu vermitteln. Trotz meiner konstruktiven Gespräche im Bundeskanzleramt hatte ich noch nicht die Ehre, die Bundeskanzlerin persönlich zu überzeugen. Ich bin mir jedoch sicher, dass sie im entscheidenden Moment einem in Not geratenen deutschen Handwerksberuf genau das zugestehen wird, was sie anderen Völkern so glaubwürdig übermittelt.

Ein letzter Appell

Eine langjährige Mitarbeiterin unseres Verbandes hatte mir bei ihrem Abschied folgendes anvertraut: „Die Arbeit für das deutsche Zahntechnikerhandwerk war für mich wie Sterbegleitung.“ Dieser Eindruck kann durchaus entstehen, wir müssen ihn aber nicht akzeptieren. Statt dessen habe ich versucht, Ihnen und uns mit diesem 30. Weihnachtsbrief eine Brücke der Verständigung zu bauen. Dann würde aus einer Sterbegleitung die Geburtshilfe für die Wiedererlangung unserer Freiheit, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine besinnliche Adventszeit, Ihnen, Ihren Familien und Mitarbeitern ein frohes Weihnachtsfest sowie für das Wahljahr 2013 die Zustimmung, die Sie sich bei Ihrem immerwährenden Kampf um die Wahrung unserer im Grundgesetz verbrieften Rechte verdienen werden.

*Her
Werbung hatte.*

Grundsatzprogramme – auf der Suche nach der Schnittmenge

CDU Unternehmer sind mit ihrer Kreativität und Leistungsbereitschaft eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft. Für den Erfolg unseres Landes ist es wichtig, dass Menschen bereit sind, ein Unternehmen zu gründen und Risiken zu übernehmen. Die ganze Gesellschaft profitiert von Unternehmen, die produktiv arbeiten und Gewinne erzielen. Das Streben nach Gewinn dient der Sicherung und Fortentwicklung des Unternehmens und der Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben.

CSU Wir wollen jeden in der Entfaltung seiner Fähigkeiten unterstützen. Wir fördern und fordern Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Das ist ein Gebot der Humanität. Wir schaffen Freiräume und setzen Leistungsanreize. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Wir fördern Leistung. Leistung muss sich lohnen. Das ist ein Gebot der Vernunft.

FDP Jeder Mensch soll faire Chancen haben, sich gemäß der eigenen Talente und Ideen zu entfalten, von eigener Arbeit zu leben und nach eigener Façon glücklich zu werden. . . .
Deswegen wenden wir uns gegen jeden Versuch, die Lebensentscheidungen Einzelner einzugrenzen.

SPD Wir brauchen in Deutschland eine Kultur der Selbstständigkeit. Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen vor allem durch Menschen, die sich mit ihren Ideen dem wirtschaftlichen Risiko aussetzen und neue Unternehmen gründen. Kreativität und Gründergeist sind unverzichtbare Produktivkräfte. Sie zeigen sich in einem lebendigen und innovativen Mittelstand.

Bündnis 90/Die Grünen Wir treten ein für Emanzipation und Selbstbestimmung. Vielfältige emanzipatorische Bewegungen, libertäre und liberale Traditionen prägen gemeinsam diese freiheitliche Orientierung. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen eine Chance haben, ihr Leben selbst zu gestalten – frei von Bevormundung.

Die Linke Die Linke ist die einzige Partei, die aufgrund ihrer sozialistischen Ausrichtung den aktuellen Zustand unseres Handwerksberufes rechtfertigt. Sie entspricht damit wohl mehr den Vorstellungen der Funktionäre unserer Rest-Innungen, die mit einem Verbleiben im SGB V ihre Existenzberechtigung und ihre unangemessen hohen Aufwandsentschädigungen retten wollen. Unsere FVZL-Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit und Eigenverantwortung finden wir in dem Grundsatzprogramm von „Die Linke“ nicht wieder.



Das neue Domizil des FVZL war 100 Jahre lang das Stabsgebäude der Deutschen Marine.

Unsere Kontaktdaten:

Freier Verband
Zahntechnischer Laboratorien e.V.
Herbert Stolle
Bundesvorsitzender
Neue Reihe 33 – Ostflügel
27472 Cuxhaven
oder Postfach 6 10, 27456 Cuxhaven
Telefon: 0 47 21 / 55 44 11 (für Sie erreichbar)
Telefax: 0 47 21 / 55 44 12 wochentags von 9–12 Uhr
E-Mail: info@fvzl.de
Internet: www.fvzl.de